

verfolgen und dadurch Doppelspurigkeiten zu vermeiden. So wurde in den USA – vor allem als Folge des Love-Canal-Skandals – die Dringlichkeit einer «nationalen Dioxin-Strategie» erkannt und eine «Dioxin Management Task Force» ins Leben gerufen, die nun national vorgeht und nach genau festgelegter Prioritätenliste erste dringende Sanierungsmassnahmen und Kontrollfunktionen angeht.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 28. August 1985

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 28 août 1985

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Überwiesen – Transmis

85.479

Postulat Mauch

Nationales Forschungsprogramm

«Waldsterben und gesellschaftliches Handeln»

Dépérissement des forêts et comportement social. Programme national de recherche

Wortlaut des Postulates vom 18. Juni 1985

Der Bundesrat wird eingeladen zu prüfen, ob bis spätestens Ende 1986 ein ausserordentliches Nationales Forschungsprogramm für praxisorientierte ökologische Forschungsprojekte zum Thema «Waldsterben und gesellschaftliches Handeln» zu beschliessen sei. Dafür sollen Mittel in der Grössenordnung von 15 Millionen bereitgestellt werden.

Texte du postulat du 18 juin 1985

Le Conseil fédéral est invité à examiner s'il serait judicieux de lancer, au plus tard d'ici la fin 1986, un programme national extraordinaire de recherche axé sur la pratique en matière d'écologie, consacré au dépérissement des forêts et au comportement social. Les crédits à débloquer pour ce programme seraient de l'ordre de 15 millions de francs.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Bäumlín, Bircher, Bratschi, Braunschweig, Bundi, Dünki, Eggenberg-Thun, Günter, Jaeger, Lanz, Leuenberger-Solothurn, Longet, Maeder-Appenzell, Meyer-Bern, Müller-Bachs, Oester, Reimann, Robbiani, Robert, Rohrer, Rubi, Ruch-Zuchwil, Ruffy, Seiler, Stappung, Weber-Arbon, Zwygart (27)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

1. Die dringend anzustrebenden Emissionsreduktionen (Luftqualität Stand 1950) können nicht nur mit einfachen legislatorischen Massnahmen realisiert werden (tiefere Emissionsnormen bei Fahrzeugen, Temporeduktionen, Schwefelgehaltsreduktion in fossilen Brennstoffen usw.), es sind darüber hinaus drastische Veränderungen im privaten, beruflichen und wirtschaftlichen Verhalten breiter Bevölkerungskreise nicht zu umgehen (z. B. Reduktion des Treibstoffverbrauchs, Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel, ökologische Abfallbewirtschaftung usw.). Diese Verhaltensänderungen müssen auch wissenschaftlich vorbereitet, initiiert, begleitet und ausgewertet werden.

2. Verhaltensänderungen im privaten und gesellschaftlichen Bereich sind schwierig zu initiieren, wenn sie nicht durch klare ökonomische Vorteile begünstigt oder aus militärischen Gründen erzwungen werden. Verhaltensänderungen, die in Friedenszeiten von breiten Schichten getragen werden, verlangen andere Prozesse. Die wissenschaftlichen Untersuchungen von einzelnen erfolgreichen Beispielen sozialen und gesellschaftlichen Wandels zeigen, dass sie meist entscheidend von einer gelückten Zusammenarbeit

von Forschung und Praxis profitieren konnten. Der praxisorientierten Forschung kommt die Rolle des Initiators, des Begleiters und Auswerters zu.

3. Praxisorientierte, interdisziplinäre Forschung, die gesellschaftliche und Naturprozesse zugleich untersucht, fehlt heute weitgehend. Sie findet gerade im Bereich der Waldschadenforschung nicht statt (z. B. NFP, 14, 14+, Sanasilva). Diese Forschung beschränkt sich auf die Untersuchung von naturwissenschaftlichen Ursachen-Wirkungs-Beziehungen und auf Folgeabschätzungen.

4. Die praxisorientierte ökologische Forschung (POEF), wie sie die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Umweltforschung (SAGUF) vorschlägt, will die bestehende Forschung ergänzen. Sie ist ein geeignetes Konzept, wie der viel kritisierte Graben zwischen Forschung und Praxis überwunden werden kann. Praxisorientierte Forschung erfordert ein neues Denken der Forscher, da sie die Lösungen nur zusammen mit den Betroffenen entwickeln können. Diese noch wenig praktizierte Forschungsmethode braucht eine kräftige Initialzündung in der Form eines Nationalen Forschungsprogrammes.

5. Die zu fördernden praxisorientierten ökologischen Forschungsprojekte im Bereich «Waldsterben und gesellschaftliches Handeln» sollen konkrete Projekte in begrenzten Regionen initiieren, die in Zusammenarbeit mit den Betroffenen (Gemeinden, Regionen, Kantone) durchgeführt und ausgewertet werden. Dabei stehen Emissionsbegrenzungen zum Beispiel im Bereich Verkehr im städtischen und ländlichen Raum vorerst im Vordergrund.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 11. September 1985

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 11 septembre 1985

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Überwiesen – Transmis

85.473

Postulat Landolt

Selbstmedikation – Automédication

Wortlaut des Postulates vom 17. Juni 1985

Gestützt auf Erkenntnisse aus dem Nationalen Forschungsprogramm Nummer 8 wird der Bundesrat ersucht, Möglichkeiten zur Verbesserung der Sicherheit im Umgang der Bevölkerung mit Arzneimitteln zu prüfen, die Ausbildung der Medizinalberufe entsprechend zu ergänzen und in Zusammenarbeit mit den kantonalen Sanitätsdirektionen dafür zu sorgen, dass namentlich im Hinblick auf die Publikumswerbung und die Abgabeordnung für Medikamente die für eine grösstmögliche Arzneimittelsicherheit notwendigen Massnahmen ergriffen werden.

Texte du postulat du 17 juin 1985

En référence à des conclusions tirées du Programme national de recherche n° 8, le Conseil fédéral est invité à examiner les moyens d'améliorer la sécurité en ce qui concerne l'utilisation de médicaments par la population. En outre, il est prié de compléter dans ce domaine la formation dans les professions médicales et de prendre, en collaboration avec les directeurs cantonaux des affaires sanitaires, les mesures qui s'imposent afin d'assurer une sécurité maximale en matière de médication; on pense surtout à la publicité adressée au public et à la réglementation régissant la remise de médicaments.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Allenspach, Basler, Bonny, Bremi, Bürer-Walenstadt, Darbellay, Eggli-Winterthur, Eisenring, Hess, Hösli, Humbel, Iten, Keller, Mauch, Meyer-Bern, Müller-Bachs, Müller-Meilen, Neuenschwander, Neukomm, Risi-Schwyz, Sager, Schnider-Luzern, Segmüller, Spälti, Wick, Zehnder, Ziegler (27)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Es ist unbestritten, dass die Selbstbehandlung mit Arzneimitteln (sogenannte Selbstmedikation) einen wichtigen gesundheitspolitischen und -ökonomischen Faktor darstellt. Die Selbstmedikation ist Ausdruck für eine gewisse Eigenverantwortung des Patienten. Zudem hilft sie mit, das System der ärztlichen Versorgung von Bagatelldfällen zu entlasten, wodurch den Krankenkassen namhafte Honorar- und Medikamentenkosten erspart werden können.

Andererseits muss festgestellt werden, dass die Schweizer Bevölkerung im internationalen Vergleich schon heute einen sehr hohen Medikamentenkonsum aufweist. Vor allem aber haben verschiedene in unserem Land durchgeführte Forschungsarbeiten bestätigt, dass der Umgang der Bevölkerung mit Arzneimitteln vielfältige Risiken in sich birgt. So kommen die Autoren einer im Rahmen des Nationalen Forschungsprogrammes Nummer 8 «Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit im schweizerischen Gesundheitswesen» unter der Leitung des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich durchgeführten Repräsentativstudie zum Schluss, dass die unkritische oder gar missbräuchliche Verwendung von Medikamenten als zentraler gesundheitspolitischer Problemkreis betrachtet werden muss. Den erst kürzlich publizierten Forschungsergebnissen dieser Selbstmedikations-Studie ist zu entnehmen, dass jeder erwachsene Deutschschweizer innerhalb von zwei Wochen durchschnittlich 1,4 Heilmittel einnimmt. Fast jeder zehnte wendet dabei ein Medikament an, das für die Behandlung seines Leidens nicht angemessen ist. Rund 5 Prozent aller Heilmittel werden von Patienten eingenommen, welche die betreffenden Präparate gar nicht anwenden dürften, weil bei ihnen eine sogenannte Kontraindikation (z. B. Bluthochdruck, Zuckerkrankheit, Schwangerschaft usw.) vorliegt. Mit der Möglichkeit von Wechselwirkungen zwischen Arzneimitteln ist der Studie zufolge gar bei einem Fünftel aller Medikamente zu rechnen, wobei relativ häufig auch rezeptfrei erhältliche Präparate beteiligt sind. Dies birgt um so grössere Gefahren in sich, als beinahe jeder dritte Patient neben der ärztlich verordneten Therapie auch noch Selbstmedikation betreibt, was dem behandelnden Arzt in den meisten Fällen verborgen bleiben dürfte. Ein weiteres Risiko liegt in der selbständigen, unkontrollierten Weiterverwendung von Medikamenten, die der Arzt dem Patienten zu einem früheren Zeitpunkt verordnet hat, was bei über 30 Prozent dieser Arzneimittel der Fall ist. Was schliesslich den eigentlichen Arzneimittelmisbrauch betrifft, ist gemäss der Erhebung bei vorsichtiger Schätzung mit einer Zahl von etwa 100 000 Personen zu rechnen, die Heilmittel missbräuchlich anwenden. Aufgrund dieser besorgniserregenden Befunde schlagen die Autoren der Selbstmedikations-Studie eine ganze Reihe von Interventionen zur Hebung der Arzneimittelsicherheit vor, darunter vermehrte Information und Aufklärung der Bevölkerung, Anpassung der Ausbildung der Medizinalpersonen hinsichtlich der Problemsituationen in der Selbstmedikation, restriktive Verschreibungs- bzw. Abgabepaxis von Ärzten und Apothekern, Zurückhaltung in der Heilmittelwerbung und kompetenzbezogene Verkaufsrestriktionen.

Verschiedene Institutionen sahen sich in den vergangenen Wochen durch die Publikation dieser Forschungsergebnisse zu öffentlichen Stellungnahmen veranlasst. Die Arzneimittelkommission der Schweizer Apotheker unter dem Vorsitz von Prof. P. Speiser (Zürich) hat sich als Gremium unabhängiger Wissenschaftler aus Medizin und Pharmazie dafür ausgesprochen, dass auf allen verantwortlichen Stufen intensiv nach Mitteln und Wegen zur Verbesserung der Sicherheit bei der Arzneimittelanwendung gesucht wird. Das Konkor-

dat der Schweizerischen Krankenkassen forderte in einer öffentlichen Verlautbarung unter anderem eine breite Information und Aufklärung über die gesundheitsschädigenden Auswirkungen und die kostentreibenden Folgen von unzweckmässigem und übermässigem Medikamentenkonsum. Der Schweizerische Apothekerverein sprach sich für vermehrte Patientenberatung, Zurückhaltung in der Werbung und praxisbezogene Aus- und Fortbildung aus und befürwortete im Interesse der Volksgesundheit eine strikte Beschränkung der Medikamentenabgabe ausserhalb von Apotheken auf Mittel und Anwendungsgebiete, bei denen erwiesenermassen kein Risikopotential besteht.

Das Ziel des nationalen Forschungsprogrammes Nummer 8 bestand darin, wissenschaftlich fundierte Entscheidungsgrundlagen für strukturelle und wirtschaftliche Verbesserungen im Gesundheitswesen zu liefern. Das in seinem Rahmen durchgeführte Projekt Selbstmedikation hat dazu eine ganze Fülle von Erkenntnissen gebracht, wie die Sicherheit und die Wirtschaftlichkeit der Arzneimittelversorgung optimiert werden könnten. Es gilt nun, entsprechende Massnahmen zu prüfen und möglichst rasch in politisches Handeln umzusetzen. Der Bund ist hier als Schirmherr der Nationalen Forschungsprogramme in erster Linie dazu aufgerufen, die Initiative zu ergreifen.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 11. September 1985

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 11 septembre 1985

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.
Überwiesen – Transmis

85.494

**Postulat Günter
Bekämpfung von AIDS
Lutte contre le SIDA**

Wortlaut des Postulates vom 19. Juni 1985

Der Bundesrat wird ersucht, von seinen Kompetenzen Gebrauch zu machen und folgende Massnahmen zu verfügen:

1. Obligatorium des AIDS-Bluttestes für alle Blutkonserven vor der Verabreichung an den Empfänger.
2. Die Kantone anzuhalten, bei allen Personen, welche dies wünschen, den AIDS-Test (Anti-HTLV-III/LAV-Test) gratis anzubieten, bzw. dort, wo das nicht möglich ist, vom Bund aus Labors zu bezeichnen, in welchen die Bevölkerung den Test gratis durchführen lassen kann, wenn die Kantone nicht selbst handeln.
3. Ausscheiden eines gesonderten Budgetpostens für 1986 zur Bekämpfung dieser Krankheit.
4. Eine Liste der möglichen seuchenpolizeilichen Massnahmen zu erstellen für den Fall, dass sich die Seuchenlage weiter bedrohlich verschlechtert.
5. Ein Register der AIDS-positiven und klinisch erkrankten Personen zu führen beim Bundesamt für Gesundheitswesen.

Texte du postulat du 19 juin 1985

Le Conseil fédéral est prié de faire usage de ses compétences pour ordonner les mesures suivantes:

1. Rendre obligatoire le test SIDA pour toutes les conserves de sang, avant que celles-ci ne soient données au destinataire.

Postulat Landolt Selbstmedikation

Postulat Landolt Automédication

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1985
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	18
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	85.473
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	04.10.1985 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1825-1826
Page	
Pagina	
Ref. No	20 013 774

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.